

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 16.02.2016	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Zentrale Steuerungsunterstützung	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in öffentl. Sitzung Ja Nein ☒ ☐	Gesamtpersonalrat Frauenbüro Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung Datenschutzbeauftragte ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2016/0037 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: 121020 Kostenstelle: 015-004-1000 Kostenträger: 1210-21 Investitionsnummer: Sachkonto: 6179840		

Betreff: Durchführung einer Beschäftigtenumfrage in der Stadtverwaltung Darmstadt
einschließlich aller Eigenbetriebe zur Evaluation der Beschäftigten-Vorgesetzten-
Gespräche

Vorlage vom: 15.02.2016

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat beauftragt das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung mit der Durchführung der Beschäftigtenumfrage zur Evaluation der Beschäftigten-Vorgesetzten-Gespräche. Die für die Beschäftigtenumfrage notwendigen Mittel sind im Haushalt 2016 unter der Kostenstelle 015-004-1000 eingestellt.
2. Der Magistrat stimmt den für die Beschäftigtenumfrage vorgesehenen Fragebögen zu.

Anlagen: Fragebogen für Beschäftigte
Fragebogen für Vorgesetzte

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☒ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 15.02.2016

Im Jahr 2013 wurde mit den Beschäftigten-Vorgesetzten-Gesprächen, im Folgenden BVG genannt, ein neues Führungsinstrument bei der Wissenschaftsstadt Darmstadt eingeführt.

In § 9 der Dienstvereinbarung zur Einführung von Beschäftigten-Vorgesetzten-Gesprächen (BVG) bei der Wissenschaftsstadt Darmstadt wurde festgelegt, dass zwei Jahre nach in Kraft treten der Dienstvereinbarung eine Evaluation in Form einer Beschäftigtenbefragung veranlasst werden soll.

In der Zeit seit Einführung des neuen Führungsinstrumentes konnten Führungskräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vielfältige Erfahrungen im Umgang mit dem BVG sammeln.

Die Beschäftigtenbefragung verfolgt daher das Ziel, ein Meinungsbild der Beschäftigten sowie der Führungskräfte zu dem neuen Führungsinstrument sowie zu den in der Dienstvereinbarung normierten Zielsetzungen zu erhalten. Dazu zählen beispielhaft die Arbeitsatmosphäre sowie die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern und der Führungskraft.

Es wurden zwei Fragebögen konzipiert. Der erste Fragebogen dient dazu, die Eindrücke und Meinungen der Beschäftigten aus Sicht einer Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiters zu ermitteln. Dieser Fragebogen wird allen Beschäftigten der Wissenschaftsstadt Darmstadt übersandt, mit denen ein BVG geführt werden muss. Der zweite Fragebogen richtet sich an Führungskräfte, die ein BVG führen müssen. Ziel ist es, dadurch zusätzlich Eindrücke und Meinungen aus Sicht einer Führungskraft evaluieren zu können.

Die Beschäftigtenumfrage wird als Vollerhebung durchgeführt. Die zur Durchführung der Umfrage benötigten Daten werden durch den Eigenbetrieb für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen (EAD) sowie durch die Zentrale Steuerungsunterstützung an das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung – Abteilung Statistik und Stadtforschung übermittelt.

Die Befragung ist anonym und die Teilnahme erfolgt freiwillig. Die gemachten Angaben werden nach den strengen Anforderungen des Datenschutzes ausschließlich in der Abteilung Statistik und Stadtforschung ausgewertet. Die Auswertung wird so vorgenommen, dass die Anonymität der Beschäftigten und Führungskräfte in jedem Fall gewährleistet ist. Es werden nur zusammengefasste Gruppenergebnisse weitergegeben, die einen Rückschluss auf einzelne Personen unmöglich machen. Die Versendung der Fragebögen ist zum 02.05.2016 geplant.

Die Magistratsvorlage inklusive Fragebögen ist mit dem Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung – Abteilung Statistik und Stadtforschung sowie dem Datenschutz abgestimmt. Der Gesamtpersonalrat und alle Frauenbeauftragten haben der Vorlage zugestimmt.

Darmstadt, den 15.02.2016

Dezernat I

Jochen Partsch
Oberbürgermeister